



Niederschrift

24. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

Sitzungstermin:	Dienstag, 22.11.2022
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	18:45 Uhr
Ort, Raum:	Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Frau Dr. Mechthild Rürger	Bündnis 90/Die Grünen
---------------------------	--------------------------

Ausschussmitglieder

Herr Nico Marquardt	SPD
Frau Janny Armbruster	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Sascha Krämer	DIE LINKE

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Leon Troche	SPD
Herr Matthias Finken	CDU

sachkundige Einwohner

Herr Frank Hübner	DIE aNDERE
Herr Peter Mundt	DIE LINKE
Frau Dr. Sophia Rost	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Timo-Daniel Seifert	Freie Demokraten

Beigeordnete

Herr Dieter Jetschmanegg	Geschäftsbereich 5
--------------------------	--------------------

Vertreter der Beiräte

Herr Peter Hahnel	Seniorenbeirat
Herr Viktor Kalitke	Migrantenbeirat

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Karsten Dornhöfer	SPD	entschuldigt
Frau Anna Lüdcke	CDU	entschuldigt
Herr Denny Menzel	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Chaled-Uwe Said	AfD	nicht entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt
-----------------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Sylvia Frenzel	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Robert Hirsch	CDU	entschuldigt
Frau Prof. Dr. Karin Schwarz	SPD	nicht entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Marén Matyka

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
20.09.2022
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Eckwertebeschluss für die Planung und Aufstellung des Doppelhaushaltes
2023/2024 (inklusive mittelfristiger Finanzplanung 2025 – 2027)
Vorlage: 22/SVV/0714
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und Controlling
-Wiedervorlage-
 - 3.2 Stadtteilvertretungen zur Intensivierung der Bürgerbeteiligung
Vorlage: 22/SVV/0742
Fraktion CDU
-Wiedervorlage-

- 3.3 Transparenz der Tätigkeit von Beiräten
Vorlage: 22/SVV/0792
Fraktion DIE aNDERE und Stadtverordneter Andreas Menzel (BVB/FW)
- 3.4 Konzept für die Beteiligungsformate der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 22/SVV/0833
Fraktion CDU
- 3.5 Petition „Volkspark für alle erhalten“ berücksichtigen
Vorlage: 22/SVV/0840
Fraktion CDU
- 4 Partizipation
- 4.1 Bericht des Beteiligungsrates
- 4.2 Bericht der WerkStadt für Beteiligung
- 4.3 Bericht AG Partizipation
- 4.4 Fortführung der externen WerkStadt für Beteiligung ab 02/2023 / Ergebnis des
Zuwendungsverfahrens
Vorlage: 22/SVV/1064
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation
- 5 Transparenz
- 6 Digitalisierung
- 6.1 Bericht AG Digitalisierung
- 7 Themenspeicher/Themenvorschläge
- 8 Sonstiges
- 8.1 Bürgerbeschwerde "Parkplätze Innenstadt"

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Rüniger, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.09.2022

Die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Rüniger, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 5 von 8 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend.

Zur **Niederschrift** der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung vom 20.09.2022 gibt es keine Anmerkungen; die Niederschrift wird **einstimmig bestätigt**.

Zu folgenden TOP'en wurde um eine **Zurückstellung** gebeten:

TOP 3.1 - Eckwertebeschluss für die Planung und Aufstellung des Doppelhaushaltes 2023/2024 (inklusive mittelfristiger Finanzplanung 2025 – 2027)

TOP 3.2 - Stadteilververtretungen zur Intensivierung der Bürgerbeteiligung

Zum TOP 4.3 - Bericht AG Partizipation wird um eine **Vertagung bis zum 10.01.2023 gebeten**.

Die so **geänderte Tagesordnung** wird zur Abstimmung gestellt und **einstimmig bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Eckwertebeschluss für die Planung und Aufstellung des Doppelhaushaltes 2023/2024 (inklusive mittelfristiger Finanzplanung 2025 – 2027)

Vorlage: 22/SVV/0714

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und Controlling
-Wiedervorlage-

Der Tagesordnungspunkt wird **zurückgestellt** (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die aus den Allgemeinen Finanzierungsmitteln als Finanzrahmen abgeleiteten Eckwerte je Geschäftsbereich plus Sondersachverhalte für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 sowie für die mittelfristige Finanzplanung 2025 bis 2027 (siehe Anlage Tabelle 1). Leitgedanke bei der Ableitung ist die Sicherstellung der dauerhaften Leistungsfähigkeit der Landeshauptstadt Potsdam unter Berücksichtigung der strategischen Ziele der Landeshauptstadt Potsdam.
2. Die mit dem Haushaltsplan 2020/21 zugleich für das Haushaltsjahr 2022 bis 2024 vorgelegten und beschlossenen Planwerte der mittelfristigen Investitionsplanung sind Grundlage für die Investitionsplanung ab 2023.
3. Zur notwendigen Absicherung pflichtiger Leistungen können haushaltsneutrale Umschichtungen zwischen den Geschäftsbereichs-Budgets vorgenommen werden. Die Gesamtergebnislinie bleibt davon unberührt.

4. Zur Absicherung und Aufrechterhaltung eines möglichst breiten kommunalen Leistungsangebotes sind Ertragsmöglichkeiten adäquat auszuschöpfen.
5. Etwaige Veränderungen bei nicht zahlungswirksamen Erträgen und Aufwendungen gegenüber dem Planungsstand dieses Eckwertebeschlusses ermächtigen nicht zur Planung zusätzlicher zahlungswirksamer Erträge und Aufwendungen.
6. Die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen der Haushaltssicherung und Aufgabenkritik werden weiter intensiviert.

zu 3.2 **Stadteilvertretungen zur Intensivierung der Bürgerbeteiligung**

Vorlage: 22/SVV/0742

Fraktion CDU

-Wiedervorlage-

Der Tagesordnungspunkt wird **zurückgestellt** (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Möglichkeiten zu prüfen, wie in allen Stadtteilen eine demokratisch legitimierte Vertretung der Bürger ggf. nach dem Vorbild oder gleich den Ortsbeiräten in verschiedenen Ortsteilen eingerichtet werden kann. Die Möglichkeiten, Vorteile und Nachteile sind bis Ende I Quartal 2023 dem Hauptausschuss zur Diskussion und ggf. Vorbereitung eines Beschlusses vorzustellen.

zu 3.3 **Transparenz der Tätigkeit von Beiräten**

Vorlage: 22/SVV/0792

Fraktion DIE aNDERE und Stadtverordneter Andreas Menzel (BVB/FW)

Herr Hübner bringt den Antrag ein.

Frau Bojunga (Fachbereich Kommunikation und Partizipation) trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor und teilt mit, dass das Projekt Relaunch potsdam.de voraussichtlich Anfang 2025 abgeschlossen sein wird. Als Zwischenlösung wird eine Verteilerseite auf der Homepage der Landeshauptstadt Potsdam vorgeschlagen. Herr Finken folgt dem Vorschlag und bittet um Berichterstattung in der nächsten Sitzung des **Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung** am 10.01.2023 und schlägt vor, den Antrag bis dahin zurückzustellen.

Die **Zurückstellung** wird zur Abstimmung gestellt und **einstimmig bestätigt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für eine transparente Darstellung der Tätigkeit der Beiräte, die gem. §§ 8, 10, 12 und 13 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) gebildet wurden, Sorge zu tragen.

Dazu sollen auf der Homepage der LHP an einer gut auffindbaren Stelle mindestens die folgenden Angaben zu allen Beiräten veröffentlicht werden:

- Zusammensetzung und Geschäftsordnung des Beirates,
- Protokolle und Termine der Beiratssitzungen sowie
- fachliche Stellungnahmen und Empfehlungen.

Soweit der Veröffentlichung dieser Angaben und Dokumente rechtliche Gründe oder Regelungen entgegenstehen, wird der Oberbürgermeister beauftragt, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie den gewählten Stadtverordneten diese Informationen niedrigschwellig zugänglich gemacht werden können.

Die Stadtverordnetenversammlung soll im Dezember 2022 über den Sachstand informiert werden.

zu 3.4 Konzept für die Beteiligungsformate der Landeshauptstadt Potsdam Vorlage: 22/SVV/0833

Fraktion CDU

Herr Finken bringt den Antrag ein. Es besteht kein weiterer Diskussionsbedarf, so dass der Antrag zur Abstimmung gestellt wird.

Der **Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung** empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, dem Antrag 22/SVV/0833 **zuzustimmen**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den relevanten Akteuren der Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam (u.a. Werkstatt für Beteiligung, Beteiligungsrat) ein Konzept für Beteiligungsformate der Landeshauptstadt Potsdam auszuarbeiten, nach dem sich die Verwaltung zukünftig bei der Durchführung von Beteiligung orientieren soll.

Folgende Inhalte sollten Bestandteile des Konzeptes sein:

- Einheitliche Namensgebung der Formate für Potsdam
- Methodik der Durchführung
- Formulierung der Beteiligungsziele des Formats
- Vorschläge für weitere Einbindung der Beteiligten in den weiteren Verwaltungsprozess

Für ein besseres Erwartungsmanagement der Teilnehmenden sollten diese Informationen den Bürgerinnen und Bürgern in geeigneter Form zur Verfügung gestellt werden.

Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung soll regelmäßig über den Stand der Erarbeitung informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 3.5 **Petition „Volkspark für alle erhalten“ berücksichtigen**
Vorlage: 22/SVV/0840

Fraktion CDU

Herr Finken bringt den Antrag ein und erörtert diesen. Frau Kolesnyk (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) nimmt für die Verwaltung Stellung. Herr Krämer teilt mit, dass es ein offenes Werkstattverfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit geben wird. Somit sei der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt. Herr Finken bittet um Niederschrift im Protokoll, dass die Bürgerinitiative „Volkspark für alle erhalten“ am Werkstattverfahren beteiligt wird. Frau Bojunga/Frau Kolesnyk bestätigen dementsprechend erneut, dass selbstverständlich alle betroffenen Akteure der Stadtgesellschaft, und dazu gehöre auch die og. Bürgerinitiative, an dem offenen Werkstattverfahren teilnehmen können.

Die Erledigung durch Verwaltungshandeln wird zur Abstimmung gestellt und **einstimmig bestätigt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die in der Petition „Volkspark für alle erhalten“ zum Ausdruck gebrachte Haltung der Bürger, sowie die darin vorgebrachten Argumente bei Überlegungen zu einer anderweitigen Nutzung der Fläche „Remisenpark“ zu berücksichtigen und Anwohner und Bewohner des Bornstedter Feldes frühzeitig aktiv zu informieren und einzubeziehen.

zu 4 **Partizipation**

zu 4.1 **Bericht des Beteiligungsrates**

Frau Dr. Jordan vom Beteiligungsrat berichtet, dass die neue Geschäftsordnung des Beteiligungsrates rechtskräftig ist und sie die Endfassung den Ausschussmitgliedern des **Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung** zur Verfügung stellen würde. Des Weiteren berichtet sie aus dem Smart City Projekt und aus der AG Libeskind Mediaprojekt.

zu 4.2 **Bericht der WerkStadt für Beteiligung**

Auf Grund der Abwesenheit der WerkStadt für Beteiligung erfolgt keine Berichterstattung.

zu 4.3 **Bericht AG Partizipation**

Der Tagesordnungspunkt wird bis zum 10.01.2023 **vertagt** (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

zu 4.4 **Fortführung der externen WerkStadt für Beteiligung ab 02/2023 / Ergebnis des Zuwendungsverfahrens**

Vorlage: 22/SVV/1064

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation

Frau Bojunga (Fachbereich Kommunikation und Partizipation) bringt die Vorlage ein und erörtert diese.

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis:

Mit Beschluss 21/SVV/1053 vom 27.10.2021 wurde der Oberbürgermeister beauftragt, das Potsdamer Modell weiterzuentwickeln und einen Träger für die externe WerkStadt für Beteiligung ab 02/2023 zu suchen.

Der Träger für die externe WerkStadt für Beteiligung sollte über ein Zuwendungsverfahren ermittelt werden. Hierfür wurde zunächst ein Interessenbekundungsverfahren (02.05. – 30.06.2022) durchgeführt und eine Auswahlkommission eingerichtet. Die Kommission setzte sich zusammen aus zwei Stadtverordneten, zwei Beteiligungsratsmitgliedern, zwei Expert:innen für Beteiligung sowie der Fachbereichsleiterin 99.

Die Begutachtung und Entscheidung fand in einem zweistufigen Verfahren statt. Zunächst wurde auf Grundlage des schriftlich eingereichten Konzepts eine Bewertung vorgenommen. Eine zweite Wertung erfolgte nach der mündlichen Präsentation. Die höchste Gesamtpunktzahl entschied über das Ergebnis.

Es gingen zwei Interessenbekundungen ein, die die formalen Voraussetzungen für eine Teilnahme an dem Zuwendungsverfahren erfüllten.

Die Auswahlkommission hat in dem zweistufigen Verfahren folgendes Ergebnis erzielt:

Der mitMachen e.V. wird ab 02/2023 die Trägerschaft für die externe WerkStadt für Beteiligung übernehmen.

Die Laufzeit der Zuwendung beträgt drei Jahre mit einer Option zur Verlängerung um zwei Jahre.

Finanzielle Auswirkungen:

Diese Mitteilungsvorlage direkt hat keine finanziellen Auswirkungen. Die finanziellen Auswirkungen wurden bereits mit der Vorlage 21/SVV/1053 beschlossen.

zu 5 Transparenz

zu 6 Digitalisierung

zu 6.1 Bericht AG Digitalisierung

Herr Marquardt berichtet aus der Auftaktsitzung der AG Digitalisierung am 20.09.2022. Die AG hat sich in der ersten Sitzung mit den folgenden zwei Fragen auseinander gesetzt:

- Bedarf es dezidiert eines Ausschusses für Digitalisierung?
- Was wären die Themen bzw. wie wäre die Ausrichtung dieser Themen?

Herr Marquardt berichtet weiter, dass er einen Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen, die einen Ausschuss für Digitalisierung haben, vorgenommen habe. Einen weiteren Austausch mit Digitalisierungsexpert:innen sei aber sinnvoll und könne die Qualität der als AG-Ziel vereinbarten Empfehlung für die nächste Legislaturperiode weiter substantiieren. Eine weitere Berichterstattung erfolgt, sobald die weiteren Ergebnisse vorliegen; möglichst noch vor der Sommerpause.

zu 7 Themenspeicher/Themenvorschläge

keine

zu 8 Sonstiges

zu 8.1 Bürgerbeschwerde "Parkplätze Innenstadt"

Frau Dr. Rürger erörtert den Inhalt der Bürgerbeschwerde, der keine Petition ist und entsprechend auch nicht dem Verfahren einer Petition folgt. Nach einem regen Austausch besteht Einigkeit, dass der **Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung** die Bürgerbeschwerde zur Kenntnis nimmt; entsprechend wird dem Beschwerdeführer empfohlen, über politische Kanäle für sein Anliegen zu werben, ggf. über die Fragestunde in der SVV. Frau Dr. Rürger wird den Beschwerdeführer darüber durch ein Schreiben entsprechend in Kenntnis setzen.